

Eine verheerende Korruptions-Pandemie

Ich habe mal gerechnet und den aktuellen Korruptions-Inzidenzwert der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ermittelt. Er liegt bei 1219,5 (!) je 100 000. Grundlage sind die derzeit bekannten Korruptionsfälle im Zusammenhang mit Corona-Masken. D.h. es ist mit einer hohen Dunkelziffer zu rechnen, da bislang nicht systematisch getestet wird. Was folgt daraus? Lockdown? Quarantäne? Reiseverbot? Ich bin ratlos.

Zur Methode: Ich nahm die aktuell bekannten drei Habgier-Fälle (Nüßlein, Hauptmann, Löbel), wo es jeweils um Summen im sechsstelligen Bereich ging, setzte sie ins Verhältnis zur Stärke der CDU/CSU-Fraktion (246) und rechnete dann auf Fälle je 100 000 hoch. Ob das jetzt diskutierte Lobbyregister zur Eindämmung dieser Pandemie wirksam sein wird, ist mehr als fraglich! Also: Testen, testen, testen! Die Impfstrategie in Form von hohen Diäten darf leider als gescheitert angesehen werden.

Jochim Maaack, Hamburg

In der Verfassung ist diese MP-Runde nicht vorgesehen

Was von der Regierung als Corona-Politik getan wird, ist nicht mehr nachvollziehbar. Die aktuellen Geschehnisse rund um die „Osterruhe“ markieren wohl einen „Höhepunkt“ in der negativen Darstellung der Regierungspolitik zur Bewältigung der Krise.

Wir werden jetzt schon monatelang von einer Runde von Politikern regiert, die in der Verfassung so gar nicht vorgesehen ist. Alle paar Wochen wiederholt sich die Show. Rechtzeitig vor den Treffen gibt es Beschlusspapiere, die natürlich vorher von der Presse und im Internet in Auszügen bekanntgegeben werden. Am Tag der Treffen der Kanzlerin mit den 16 Ministerpräsidentinnen/Ministerpräsidenten wird bis zum nächsten Morgengrauen debattiert, um dann erschöpft „Beschlüsse“ zu verkünden. Natürlich macht dann im Nachgang jedes Bundesland sein eigenes Ding. Heraus kommt ein Flickenteppich an Maßnahmen, der für die meisten nicht mehr nachvollziehbar ist, erst recht, wenn man wie ich in einem „Dreiländereck“ wohnt!

Was dieses Mal passiert ist, ist wohl beispiellos. Nach der Aufregung in der Öffentlichkeit räumt Frau Merkel Fehler ein, macht die „Osterruhe“ rückgängig und entschuldigt sich bei der Bevölkerung. In einer großmütigen Geste nimmt sie die ganze Schuld auf sich alleine. Dafür erhält sie auf breiter Ebene von den Leitmedien und dem öffentlichen Rundfunk Lob und Respekt, dass man meint, das Corona-Virus wäre besiegt. Selbst die 16 Ministerpräsidentinnen/Ministerpräsidenten, die bei diesem denkwürdigsten Treffen dabei waren und noch morgens die Beschlüsse verteidigten, sind plötzlich voll des Lobes für die Kanzlerin und geben sogar zu, dass sie ein wenig „Schuld“ haben. Plötzlich tritt das Desaster in den Hintergrund, und diese Geste, die wohl mehr den öffentlichen Druck als Auslöser hatte als wirkliche Besinnung, überlagert den Tag danach.

Alle Beteiligten sollten dieser großmütigen Geste Taten folgen lassen, die geeignet sind, das geringe Restvertrauen in großen



Déjà-vu-Erlebnis Ostern: Auch 2021 fällt der Osterurlaub wegen der Sars-CoV-2-Pandemie aus.

DPA

Die Politik hat viel Vertrauen verspielt

Zuschriften von Leserinnen und Lesern zur Pandemiepolitik

Teilen der Bevölkerung, das nach diesem Treffen noch existiert, wieder aufzubauen. Wenn man aber Politiker wie den Ministerpräsidenten von Niedersachsen hört, der diese Treffen noch verteidigt, da ja der Bundestag zugestimmt habe, werden wir auf wirkliche Besinnung noch warten müssen. Jürgen Brunauer, Ladenburg

Entwürdigendes Zeugnis der Unzulänglichkeit

Empfehlung für Johnson & Johnson, Untertitel: Damit hätte die EU vier zugelassene Vakzine. Leider kein Grund, „Hurra“ zu rufen. Der Autor wählte geschickt das Wörtchen „hätte“. Mit dem Konjunktiv 2 verlassen wir die reale Welt und begeben uns in die Welt der Wünsche, Träume und Phantasien. Was die Bürger hier seit Wochen erleben, ist ein entwürdigendes Zeugnis der Unzulänglichkeit. Was beim Aufbau der Impfzentren an Ethos positiv zu verspüren war, wird mit dem Mangel an Impfstoff ad absurdum geführt. Dabei wurden drei dieser vier Impfstoffe in Europa entwickelt, einer davon als erster sogar in Deutschland. Dennoch können wir nicht frei darüber verfügen. Welche Schmach! Zum einen für die EU, zum andern auch den G7-Staat Deutschland. Dass Britannien mit dem Astrazeneca-Impfstoff nur an sich dachte, war nach dem Brexit nicht anders zu erwarten.

Interessant wäre, bei Biontech nachzufragen, ob vor 2018 kein deutscher Hersteller bereit war, mit dem Forschungsinstitut zu kooperieren. Ich wage die These, dass man in Deutschland wieder mal zu zaghaft war, um in neue Technologie (mRNA-Technik) zu investieren. Dann hat man sich wahrscheinlich an ein amerikani-

sches Unternehmen gewandt. Risikokapital ist jenseits des Teiches traditionell einfacher zu beschaffen. Jetzt haben wir den Salat. Der von der Tochter Janssen mit Sitz in Belgien für Johnson & Johnson entwickelte Impfstoff wird in den USA endproduziert und darf dann wohl nicht mehr außer Landes gebracht werden. An „America first“ hat sich offenbar mit der Regierung Biden nichts geändert. Man glaubt es kaum.

Vor Weihnachten hörten wir, dass es in Kürze losgehe mit dem Impfen. Jetzt ist es Mitte März. Die Impfquote ist beschämend. Alles Gerede vom Schnelltest bis zum Selbsttest ist Hinhaltetaktik, um die Bevölkerung bei der Stange zu halten und sie vom Versagen der Politik abzulenken. Pragmatische Lösungen sind gefragt. Was fehlt, sind in Europa die Möglichkeiten, Unternehmen zur Produktion zu verpflichten und im Notfall, die Pandemie ist ein solcher, den Patentschutz aufzuheben.

Klaus Boll, Frankfurt

Nur der Lobbyismus funktioniert noch

Es ist doch wieder typisch für Deutschland. Die Impfung gegen Corona geht nicht weiter. Dieser Virus richtet enorme Schäden an und fordert eine Menge Tote. Aber unsere Politiker sind unfähig, etwas auf die Beine zu bringen. Erst Totalversagen bei der Impfstoffbeschaffung und jetzt endlose Debatten, aber kein Fortschritt in Richtung Gesundheit für die Bevölkerung, stattdessen endlose Lockdowns. Deutschland ist nach den Jahren mit dieser Regierung nicht mehr handlungsfähig. Das einzige, was in den Parteien noch funktioniert, ist der Lobbyismus.

Rainer Prosik, Hattenhofen

Politik verwandelt sich in russisches Roulette

Nüchterne Zwischenbilanz nach drei Wochen Lockerungen: Die Zahl der täglich der täglich Neuinfizierten verdoppelte sich von 11 900 auf 22 600, die Inzidenz stieg von 64 auf 113. Die Gesamtzahl der Infizierten stieg von 2474 auf 2722, eine tägliche Zunahme von 255 Infektionen. Da viele Gesundheitsämter die Infektionsketten nicht nachverfolgen können, sind die tatsächlichen Steigerungen höher. Die Zahl der Menschen auf Corona-Intensivstationen stieg von 2840 auf 3260. Die Zahl der Toten stieg um 5800. Das Ende dieser dritten Welle ist nicht absehbar. Das Impftempo stagniert bei 270 000 pro Tag, pro Arzt wird es ab April 20 Dosen jede Woche geben. Schnelltests sind Mangelware.

Trotzdem sind in manchen Bundesländern Schulen und Kitas nicht geschlossen. Es gibt keine Verpflichtung der Unternehmen zu Homeoffice und Schnelltestungen ihrer Beschäftigten. Trotzdem beginnen das Saarland und Rheinland-Pfalz und Städte wie Erfurt mit Lockerungen wie Außengastronomie, Kinos; Fitnessstudios. Die wissenschaftlich begründeten Prognosen der Virologen, Epidemiologen etc. verhallen. Die Ministerpräsidenten knicken ein: Nicht hören, nicht sehen ... Politik verwandelt sich in russisches Roulette!

Peter Dressler, Frankfurt

Im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt

Von den Verantwortlichen wurde und wird nie die Frage gestellt: Wie kann die Produktion von Impfstoff gesteigert werden? Warum wird der § 13,1 des Patent-

rechts nicht angewendet, der lautet: „Die Wirkung des Patents tritt insoweit nicht ein, als die Bundesregierung anordnet, dass die Erfindung im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt benutzt werden soll.“ Welche ideologischen Schranken in den Köpfen der Verantwortlichen verhindern eine solche vernünftige Entscheidung in einer Notsituation? Im ZDF brachte es der Politikwissenschaftler Professor Rudolf Korte auf den Punkt, indem er vorsichtig einen Strategiewechsel empfahl: Vielleicht auch mal darüber nachdenken, Impfstoffe zum öffentlichen Gut zu erklären, also ein befristetes Staatseigentum daraus zu machen, um schneller zuzugreifen zu können.

Auf solche Wissenschaftler will keiner hören, dann müsste man sich ja mit der Pharmaindustrie anlegen.

Werner Runde, Mönkeberg

Die Herren Minister sollten mal im Durchzug sitzen

Wenn die hessische Landesregierung „Lüften aber für wichtiger“ hält als die über 400 für sich selbst angeschafften Geräte (Bezug: „Mehr als 400 Luftfiltergeräte in hessischen Behörden“, FR v. 18.2.), schlage ich vor: Dann sollen doch die Herren Minister stoß- oder dauerlüften und im Durchzug sitzen – und die Geräte in die Klassenzimmer stellen. Zumindest in mein kleines, in welchem ich in den Präsenzünterricht der 5. Klasse muss: vollgestopft mit 16 Hausständen (obwohl ab „maximal zwölf SchülerrInnen“ offiziell die Lerngruppen geteilt werden). Dies hat mit der sogenannten Fürsorgepflicht des Staates nichts zu tun und ist in doppelter Hinsicht eine Unverschämtheit!

Susanne Nowak, Frankfurt

Demut tanken und dabei noch rechnen lernen

Der hessische Kultusminister Lorz (CDU) meint, für Kinder und Lehrer:innen ist regelmäßiges Lüften das „erste Mittel der Wahl“. Seinen Kollegen Wintermeyer (CDU) konnte er nicht überzeugen. Der beschaffte für die Staatskanzlei 20 Luftfiltergeräte für stolze 90 000 Euro. Das ergibt einen durchschnittlichen Preis von 4500 Euro pro Stück. Wer sich die Mühe macht und eine Suchmaschine der Wahl befragt, wird feststellen, dass man für ein Zehntel des Preises bereits äußerst leistungsstarke Geräte erwerben kann.

Vielleicht sollte man mal die für die Beschaffung verantwortlichen Beamt:innen in die 4. Grundschulklasse schicken. Dort können sie beim Frieren etwas Demut tanken und rechnen lernen.

Gerhard Schuster, Krieffel

Ausbrüche werden viel zu spät festgestellt

Minister Lorz verschleierte mit Aktionismus, was er alles versäumt und falsch macht an Schulen (siehe „Mobiles Testcenter für Schulen“, FR v. 22.3.). Solange es keine Selbsttests für Schüler gibt, die mindestens zwei- bis dreimal wöchentlich angewandt werden, wird viel zu spät festgestellt, dass es einen Ausbruch an der Schule gibt. Dann kann das mobile Testcenter nur noch den Schaden feststellen, helfen kann es nicht mehr! Irmgard Schuergers, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/foederalismus